

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Einführung	15
Erstes Kapitel: Verjährungshemmung im negativen Feststellungsverfahren	19
§ 1 Materiellrechtliche Ausgangslage	21
I. Keine Hemmung durch Erhebung der negativen Feststellungsklage	21
II. Keine Hemmung durch Klageabweisungsantrag	23
III. Zusammenfassung	24
§ 2 Prozessualer Lösungsweg	25
I. Hemmung der Verjährung durch eigene Klageerhebung	25
II. Koordinierung von negativer Feststellungsklage und Zweitklage	26
1. Vorrang des Zweitverfahrens	27
2. Nachträgliche Unzulässigkeit der negativen Feststellungsklage	29
III. Zusammenfassung	30
§ 3 Materiellrechtliche Würdigung	31
I. Hemmung durch negative Feststellungsklage nach § 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB	31
1. Wortlaut der Norm	31
2. Entstehungsgeschichtliche Aspekte	32
3. Systematische Überlegungen	36
4. Teleologische Argumente	39
II. Konsequenz: Keine Hemmung durch Klageabweisungsantrag	45
III. Ergebnis	47

§ 4 Prozessuale Würdigung	48
I. Unvereinbarkeit der Zweitklage mit § 261 Abs. 3 Nr. 1 ZPO	48
1. Streitgegenstandsidentität bei nachfolgender positiver Feststellungsklage	49
2. Streitgegenstandsidentität bei nachfolgender Leistungsklage	50
3. Keine Ausnahme bei Erhebung als Widerklage	54
II. Prozessuale Unstimmigkeiten durch Art der Verfahrenskoordinierung	55
1. Verstoß gegen den Grundsatz der prozessualen Waffengleichheit	56
2. Fehlende Berücksichtigung prozessökonomischer Erwägungen	59
3. Kein Gewinn an Rechtssicherheit	63
III. Ergebnis	66
§ 5 Abschließende Betrachtung	67
 Zweites Kapitel: Verjährungshemmung im grenzüberschreitenden negativen Feststellungsverfahren	 69
§ 1 Identische materiellrechtliche Ausgangslage	70
§ 2 Bedingte Übertragbarkeit des prozessualen Lösungswegs	72
I. Notwendigkeit einer hemmfähigen Klageerhebung	72
II. Notwendigkeit einer hemmungswahrenden Koordinierung beider Verfahren	75
1. Keine Unzuständigkeit des Zweitgerichts nach Art. 29 EuGVO	76
2. Keine Unzulässigkeit der Zweitklage nach nationalem Prozessrecht	79
III. Zusammenfassung	80
§ 3 Schwachstellen des prozessualen Lösungswegs	81
I. Mangelnde Hemmfähigkeit der gläubigerischen Klageerhebung	81
II. Keine hemmungswahrende Koordinierung beider Verfahren	85
1. Bestimmung eines Gerichtsstands in demselben Mitgliedstaat	85

2. Unzulässigkeit der Zweitklage nach nationalem Prozessrecht	89
a. Anderweitige Rechtshängigkeit der Streitsache	89
b. Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis des Gläubigers	92
c. Befristungen im Hinblick auf die Erhebung der Zweitklage	93
d. Beschränkungen im Hinblick auf die Erhebung der Zweitklage	93
e. Grenze: Praktische Wirksamkeit der EuGVO	94
III. Ergebnis	101
§ 4 Abschließende Betrachtung	102
Drittes Kapitel: Handlungsbedarf und Handlungsoptionen	103
§ 1 Sachverhalte ohne grenzüberschreitenden Bezug	104
I. Handlungsbedarf trotz fehlender Verjährungsgefahr	104
II. Mögliche Handlungsoptionen	105
1. Keine Abhilfe durch Handlungsmöglichkeiten auf prozessualer Ebene	105
a. Unzulässigkeit der Zweitklage wegen anderweitiger Rechtshängigkeit	106
b. Aussetzung des gläubigerischen Zweitverfahrens	107
c. Aussetzung des negativen Feststellungsverfahrens	110
2. Abhilfe durch Tätigwerden auf materiellrechtlicher Ebene	111
a. Abweichende Auslegung des § 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB	111
b. Gesetzgeberische Klarstellung im Rahmen des § 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB	113
III. Ergebnis	115
§ 2 Sachverhalte mit grenzüberschreitendem Bezug	115
I. Handlungsbedarf aufgrund gegebener Verjährungsgefahr	115
II. Mögliche Handlungsebenen und mögliche Handlungsoptionen	117
1. Handlungsmöglichkeiten auf unionsrechtlicher Ebene	118
a. Maßnahmen auf prozessualer Ebene im Rahmen des Art. 29 EuGVO	118
aa. Tatbestandsseite: Begrenzung der Kernpunkttheorie des EuGH	119

bb. Rechtsfolgendeite:	121
(1) Unzuständigkeit des Erstgerichts	121
(2) Aussetzung des Zweitverfahrens	123
(3) Vorrangigkeit der Zweitklage	124
(4) Grenzüberschreitende Verweisung der Zweitklage	126
b. Maßnahmen auf kollisionsrechtlicher Ebene:	
Verjährung lege fori statt lege causae	127
c. Maßnahmen auf materiellrechtlicher Ebene durch Rechtsvereinheitlichung	129
aa. Internationale Ebene: UN-Verjährungsübereinkommen	130
bb. Unionale Ebene: Sekundärrechtliche Vereinheitlichung	132
2. Handlungsmöglichkeiten des ausländischen Richters	133
a. Anpassungsmöglichkeiten in prozessualer Hinsicht	137
aa. Hemmfähigkeit der gläubigerischen Klageerhebung	137
bb. Zulässigkeit der Zweitklage entgegen nationalem Prozessrecht	138
(1) Zulässigkeit der Zweitklage trotz Anspruchsidentität	138
(2) Zulässigkeit der Zweitklage trotz Befristungen und Beschränkungen	140
b. Anpassungsmöglichkeiten in materiellrechtlicher Hinsicht	144
aa. Verjährungshemmung im Erstverfahren durch sachrechtliche Anpassung	145
bb. Verjährungshemmung im Erstverfahren durch kollisionsrechtliche Anpassung	146
3. Handlungsmöglichkeiten auf deutscher Seite	148
a. Kein Handlungszwang aus Unionsrecht	148
aa. Ungleichbehandlung von Binnen- und grenzüberschreitendem Gläubiger	148
bb. Kein Unionsrechtsverstoß durch Ungleichbehandlung	150

b. Handlungsmöglichkeiten auf materiellrechtlicher Ebene	153
aa. Gesetzgeberische Normierung einer verjährungshemmenden Wirkung	154
(1) Anforderungen an eine gesetzliche Normierung	154
(2) Formulierungsvorschlag	157
bb. Unionsrechtswidrigkeit des Normierungsvorschlags	157
(1) Unzulässige Diskriminierung des grenzüberschreitenden Schuldners	158
(2) Keine Abhilfe durch Ausweitung des Anwendungsbereichs	159
III. Ergebnis	159
§ 3 Einzige Handlungsoption: Kombinierte Lösung für beide Sachverhaltskonstellationen	160
Schlussbetrachtung	163
Literaturverzeichnis	165